

WELT  ONLINE

URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article2707851/Grosse-Koalition-einigt-sich-auf-Kfz-Steuerbefreiung.html>

## Neuwagen

# Große Koalition einigt sich auf Kfz-Steuerbefreiung

Von Oliver Haustein-Teßmer 11. November 2008, 18:36 Uhr

Union und SPD im Bundestag haben sich auf die Steuerbefreiung beim Neuwagen-Kauf geeinigt. Außerdem prüfen sie eine "Abwrackprämie": Wer einen Neuwagen kauft, soll für sein altes Auto zusätzlich Geld vom Staat erhalten. Im Gespräch sind sogar Förderkredite.

---

Die große Koalition hat sich nach Angaben aus CDU und SPD auf ein neues Modell für die Kfz- Steuerbefreiung verständigt. Nur wer in den kommenden Monaten einen umweltfreundlichen Neuwagen kauft, soll zwei Jahre lang keine Kfz- Steuern bezahlen müssen. Außerdem wollen Union und Sozialdemokraten eine „Verschrottungsprämie“ prüfen.

Unklar war zunächst, wie schnell sich Verbraucher für den Kauf eines Neuwagens entscheiden müssen, um von der geplanten Steuerbefreiung zu profitieren. Laut SPD-Fraktionschef Peter Struck soll eine sechsmonatige Frist gelten. Die Sprecherin des Unions-Fraktionschefs Volker Kauder (CDU) sagte WELT ONLINE, diskutiert werde in der Koalition eine Gültigkeitsdauer bis Ende April, Ende Mai oder sogar Ende Juni 2009.

Den Angaben zufolge sollte das Bundeskabinett von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) am 13. November über die geänderte Kfz-Steuer entscheiden. Das dafür notwendige Gesetz ist Teil des Investitionspakets des Bundes, um die schwächelnde Konjunktur anzukurbeln. Der Bundestag soll bereits in der Woche darauf über den Gesetzentwurf beraten.

Am 5. Dezember, so der straffe Zeitplan der Koalition, könnte der Bundesrat, das Steuergeschenk für die Autokäufer durchwinken. Das Gesetz soll ab dann rückwirkend ab dem 5. November gelten. „Es sollen auch diejenigen Verbraucher profitieren, die bereits eine Kaufentscheidung getroffen haben“, sagte die Sprecherin Kauders. Die generelle Befreiung bei Neuwagen von der Kfz-Steuer bis 2010 hatte das Kabinett bereits vor einer Woche beschlossen. Die Länder verzichten damit auf rund 1,3 Milliarden Euro Einnahmen, die der Bund erstatten will.

Kurz vor der Einigung gab es jedoch noch einmal Knatsch: Die Sozialdemokraten drohten damit, die generelle Befreiung zu kippen. Angeblich fehlte ihnen eine Umweltkomponente. Vorgesehen waren bisher steuerliche Nachlässe für alle Neuwagen ohne Kaufbefristung. Die SPD störte zum einen, dass die Käufer großer Spritfresser wie luxuriöser Geländewagen ebenso belohnt werden sollten wie die Neubesitzer eines sparsamen Kleinwagens.

Kritisiert wurde SPD, aber auch Teilen der Union auf der anderen Seite, dass durch diesen „Schnellschuss“ der Politik zwar der Autoindustrie, aber nicht den Verbrauchern geholfen werde. Jemand mit schmalen Budget würde durch einen reinen Steuerverzicht nicht zum Autokauf motiviert, hieß es beispielsweise in der SPD-Fraktion. Um Kaufanreize zu schaffen, diskutieren Union und SPD nun eine zusätzliche Prämie, die der Staat für Altautos zahlen soll.

„Bei der Abwrackprämie müssen wir über einen vierstelligen Betrag reden“, forderte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber im Gespräch mit WELT ONLINE. Dem Vorschlag der Sozialdemokraten zufolge sollen Besitzer eines alten Autos dann zusätzlich Geld erhalten, wenn sie sich für einen neuen, umweltfreundlicheren Wagen entscheiden. In der Diskussion sind außerdem zinsgünstige Kredite, die der Bund fördern könnte.

Eine Verschrottungsprämie hatte zuletzt der Autobauer Opel ins Gespräch gebracht. Die Tochter des angeschlagenen US-Konzerns General Motors wird durch dessen Verluste in Mitleidenschaft gezogen und hat bei Kanzlerin Angela Merkel (CDU) neben staatlich geförderten Krediten für Neuwagen-Käufer ein Extra-Konjunkturpaket für Opel angeregt.

Dieser Vorschlag stößt auf Ablehnung bei Vertretern der großen Koalition. „Die Opelianer haben einen Knall“, sagte CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer. Er könne sich nicht vorstellen, dass es über das Konjunkturpaket hinaus Extra-Hilfen geben werde. Auch SPD-Wirtschaftsexperte Rainer Wend ist skeptisch, dass es noch mehr Hilfen für die Autobranche geben wird. „Wir haben bereits einiges getan“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion in der ARD.

Nach Angaben aus Branchenkreisen hofft die deutsche Autoindustrie, über zusätzliche Kaufanreize wie Kredite und Prämien zusätzlich 300.000 Fahrzeuge mehr zu verkaufen. „Damit entsteht Masse“, gab sich auch SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber überzeugt. Seinen Worten zufolge wäre es sinnvoll, den Verbrauchern möglichst schnell zu signalisieren, dass ein Neuwagen-Kauf sich lohne.

mit dpa

---